

QUAD und das Indo-Pazifik-Konzept: Versuche, Chinas Hegemoniestreben einzudämmen

Siegfried Knittel

QUAD and the Indo-Pacific Concept: Attempts to Contain China's Endeavour for Hegemony

This article shall attempt to explain the Indo-Pacific concept and the Quadrilateral Security Dialog QUAD to counter China's aim to become Asia's hegemon. Japan, India, Australia and the USA are members of the QUAD. The traditional Asia-Pacific policy between the USA and Japan did not include the region of the Indian Ocean, which includes states such as India and Bangladesh. The Indo-Pacific Concept aims to integrate the countries of South, South East and East Asia under liberal order and the rule of law. Japan is the driving force of this policy. However, Japan and the other countries must face the issue that these same countries, who wish to hinder the PR China and their aim to become the economic and military super power of Asia, are also economically deeply intertwined with China. Hence, although China is building military bases in the Indian and Pacific Ocean and in the South China Sea, QUAD members do not want to appear to be a similar group as NATO or an adversary of the PR China. The second problem for Japan and the other Asian countries is the USA. In the past, the USA has been the leading nation in Asia in terms of security and economic policy. However, this is not a guaranteed policy for the future. Japan, Australia and India see the Indo-Pacific concept and QUAD as a way to deal with China, even if the USA will no longer represent the economic leader and military guarantor for these Asian countries.

1 Einleitung

In dem Artikel wird das Indo-Pazifik-Konzept, das seit der Asienreise von US-Präsident Donald Trump in den internationalen Medien Aufmerksamkeit gewonnen hat, und das mit dem QUAD (Quadrilateral Security Dialogue)-Konzept, der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit Japans, Indiens, der USA und Australiens, eng verbunden ist, erörtert.

Zuerst erfolgt eine Darlegung der Herkunft des Konzepts und eine Diskussion der politischen Bedeutung der beiden Begriffe vor dem Hintergrund der sich rasch verändernden politischen Landschaft Asiens. Anschließend wird das Konzept im Zusammenhang mit anderen Entwürfen für eine regionale Zusammenarbeit erörtert, die zum Teil schon realisiert sind. Auch wird diskutiert, wie die vier wichtigsten Länder der indo-pazifischen Region, welche die QUAD bilden, mit dem Konzept praktisch umgehen.

Auf dem APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation)-Gipfel im November 2017 im vietnamesischen Da Nang trat US-Präsident Donald Trump überraschenderweise mit dem Konzept eines ›Free and Open Indo-Pacific‹ auf. ›Indo-Pacific‹ sollte das Konzept einer Asien-Pazifik-Region ersetzen, das den Organisationen der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) und APEC zugrunde lag und das die Staaten des Indischen Ozeans organisatorisch nicht erfasst (Sevastopulo 11.11.2017). Auch die Außenpolitik der USA und Japans war jahrzehntelang immer von der Asia-Pazifik-Region ausgegangen, von der die indopazifischen Staaten ausgeschlossen waren. So hatte der frühere japanische Außenminister Yōhei Kōno vor dem Japan National Press Club im Jahre 1995 eine programmatische Rede mit dem Titel »Japan's Role in Asia Pacific Regional Cooperation« gehalten, aber die Staaten des Indischen Ozeans fanden darin keine Erwähnung (Kōno 28.07.1995).

Im Jahre 2017 aber hatte sich die Situation geändert. Schon vor Trumps Rede in Manila hatte US-Außenminister Rex Tillerson erklärt: »[T]he Indo-Pacific – including the entire Indian Ocean, the Western Pacific, and the nations that surround them – will be the most consequential part of the globe in the 21st century« (*Hindustantimes* 21.10.2017). Damit hatte Tillerson den strategischen Denkansatz der Trump-Administration zu Asien umrissen.

2 Japan als die treibende Kraft der Indo-Pacific-Integration

Der Begriff und das Konzept der Indo-Pazifik-Region stammt aber nicht von Präsident Trump und seiner Administration. Er wurde erstmals im Januar 2007 geprägt

in dem Aufsatz »Security of Sea Lines: Prospects for India-Japan Cooperation« von Gurpreet S. Khurana, dem Direktor eines indischen Marine Think Tanks im indischen Magazin *Strategic Analysis*, das vom indischen IDSA (Institute for Defense Studies and Analysis) herausgegeben wird (Khurana 2007). Khurana zufolge basierte sein Artikel auf Diskussionen japanischer und indischer Analysten zu Verteidigungsfragen im Jahr 2006.

Der erste Anstoß für das Indo-Pazifik-Konzept war aber schon 2004 von einem US-amerikanischen Think Tank gekommen. Die US-Beratungsfirma Booz Hamilton Allen entwickelte damals in einer Studie die These der »String of Pearls«. Ihr zufolge will die VR China mit Häfen und Marinestützpunkten, wie z. B. im Südchinesischen Meer von China bis ins ostafrikanische Djibouti, ihre Ex- und Importe im Indischen und Pazifischen Ozean sichern (Baker 05.10.2015). Es dauerte dann aber bis 2015, bis die chinesische Regierung mit Djibouti den ersten Vertrag über einen Marinestützpunkt in Afrika vorgeblich mit dem Ziel der Piratenbekämpfung an der ostafrikanischen Küste abschloss (Manson 31.03.2016).

In einer programmatischen Rede vor dem indischen Parlament während seines Indienbesuchs im August 2007 sprach Japans Premierminister Shinzō Abe dann erstmals von der Notwendigkeit, die Regionen des Indischen und des Pazifischen Ozeans sowohl wirtschaftlich als auch politisch zu integrieren (Abe 22.08.2017). Das war natürlich gegen die chinesischen Versuche gerichtet, eigene Seebastionen im Indischen Ozean aufzubauen, auch wenn Abe die VR China dabei nicht erwähnte. Im Jahre 2007 initiierte Abe auch den Quadrilateral Security Dialog mit Unterstützung der damaligen Premierminister von Indien, Australien und dem damaligen US-Vizepräsidenten (Chellaney 19.07.2007).

Diese vier Länder nahmen auch an den folgenden Malabar-Manövern im Jahre 2007 teil. Sie wurden aber nicht vor der Malabarküste in Südindien abgehalten, sondern nahe Japan im Ostchinesischen Meer vor Okinawa. Der Manöverort nahe der von Japan verwalteten, aber von China beanspruchten Senkaku-Inseln machte deutlich, dass es bei den Malabar-Manövern nicht mehr um die Terrorismusbekämpfung, sondern um den Umgang mit der anwachsenden Militärmacht China ging, und dass Japans Premierminister Abe die treibende Kraft hinter der QUAD ist. China verstand sehr wohl, um was es bei den Manövern ging und beschwerte sich bei den vier an den Manövern beteiligten Ländern. Australien zog sich daraufhin von den Manövern zurück. Australien suchte zu dieser Zeit jede Störung in den bilateralen Beziehungen mit der VR China zu vermeiden, weil China der größte Handelspartner Australiens geworden war (Chellaney 19.07.2007). Nach der Parlamentswahl 2007 in Australien war zudem die in

außenpolitischen Fragen konziliantere Labour Partei unter dem Sinologen Kevin Rudd an die Regierung gekommen, was zum Rückzug Australiens von den Manövern der QUAD mit beitrug.

Kurz vor seiner Wiederwahl zum Premierminister im Dezember 2012 schrieb Abe einen programmatischen Artikel im US-Onlineforum Pro Syndicate, in dem er sich primär auf die sicherheitspolitischen Aspekte der Indo-Pazifik-Region einließ (Abe 27.12.2012). Klarer als die anderen Mitglieder der QUAD benannte er dabei das Vormachtstreben Chinas im Indischen und dem Pazifischen Ozean. Die Politik Chinas im Südchinesischen Meer beschrieb er in dem Artikel als den Versuch, das Seegebiet zu einem »Lake Beijing« zu machen. Dem stellte er eine Strategie eines »Democratic Diamond« gegenüber. Als Diamond bezeichnet man im Baseball das Spielfeld, das die Form eines zum Dreieck geschliffenen Diamanten hat. Es hat in diesem Fall aber vier Außenpunkte: Japan, Australien, das US-amerikanische Hawaii und Indien. In den Baseball-Nationen USA und Japan ist die Bezeichnung Diamond für das Baseballfeld populär.

Der Titel seiner Rede von 2007 vor dem Indischen Parlament »Confluence of the Two Seas« hatte damals aber auch deutlich gemacht, dass es Abe mit seinem Indo-Pazifik-Konzept nicht nur um die Sicherheitspolitik ging. Abe zufolge wollte China die Länder der Region primär auf wirtschaftlichem Wege für sich gewinnen. Dem versuchte er das Indo-Pazifik-Konzept, das eine wirtschaftliche und eine sicherheitspolitische Komponente enthielt, als einen Ansatz für die politisch-wirtschaftliche Integration der Anrainerstaaten der beiden Meere entgegensetzen. Die meisten dieser Staaten waren zwar Chinas Großmachtambitionen gegenüber kritisch eingestellt, aber China war zugleich als Wirtschaftspartner äußerst attraktiv für sie, auch wenn Japan bzw. die USA 2007 noch immer der größte Wirtschaftspartner der meisten Länder der Region war.

Diese japanische Politik war das Resultat eines Wandels, der sich in den 1990er Jahren in den Beziehungen zwischen Japan und China vollzog und den der US-amerikanische Politikwissenschaftler Mike Mochizuki in seinem Aufsatz »Japan's Shifting Strategy toward the Rise of China« beschrieben hat (Mochizuki 2007). Mochizuki zufolge waren die japanisch-chinesischen Beziehungen von 1972 als dem Jahr, in dem Japans damaliger Premierminister Kakuei Tanaka China besuchte, bis in die 1990er Jahre durchaus freundschaftlich, trotz der Tatsache, dass China ein kommunistisches Land war. Japan war der größte Geber von ODA (Official Development Assistance) und nach dem Tiananmen-Massaker 1989 war Japan das erste Land, das seine Beziehungen mit China wieder normalisierte. In den folgenden Jahren wurden von chinesischer Seite aber zunehmend Anklagen gegenüber Japans wegen seiner Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg erhoben

und in den chinesischen Schulen begann die anti-japanische Erziehung. Auf japanischer Seite wurden zunehmend Stimmen von Politikern und Geschichtswissenschaftlern laut, die die japanischen Kriegsverbrechen leugneten oder herunterspielten, und es wurden Geschichtsbüchern herausgegeben, in denen ebenfalls die Kriegsverbrechen geleugnet oder verschleiert wurden (Yoshida 2008). Zudem besuchte Junichirō Koizumi nach seiner Wahl zum japanischen Premierminister 2001 jährlich den Yasukuni Schrein, in dem die 14 Hauptkriegsverbrecher aufgenommen sind, was zu großen Protesten in China führte. Diese fanden 2005 ihren Höhepunkt in den gewaltsamen Protesten gegen Niederlassungen japanischer Firmen in China. Gleichzeitig hatte auch der Streit um die Öl- und Gasvorkommen im Ostchinesischen Meer an Heftigkeit gewonnen und die VR China machte zunehmend ihre Ansprüche auf den Besitz der im Ostchinesischen Meer befindlichen Senkaku-Inseln deutlich und verstärkte zunehmend die Präsenz seiner Küstenwachschiffe im Gebiet um die Inseln, um seine Ansprüche auf die Inseln zu dokumentieren. Aber hinter dem Inselkonflikt und dem Streit um die Vergangenheitsbewältigung Japans verbirgt sich der Kampf um die Vormacht der beiden größten Mächte in Asien.

Die indisch-japanischen Beziehungen entwickelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg positiv, weil beide Länder sich als Opfer des westlichen Kolonialismus fühlten. Indiens erster Premierminister Jawaharlal Nehru schenkte dem Zoo in Tōkyō schon 1949 einen Elefanten. 1952 unterzeichnete Indien einen separaten Friedensvertrag mit Japan, der für Japan günstigere Bedingungen enthielt als der 1951 in San Francisco mit den Alliierten geschlossene Friedensvertrag (Sato 2005). Im Jahre 1957 besuchte Japans Premierminister Nobusuke Kishi, Abes Großvater, Indien. In der Folge vergab Japan großzügig Entwicklungshilfe an Indien. Japan seinerseits erhielt aus Indien Eisenerz, das es für seine Industrie benötigte. Dazu exportierte Indien unverarbeitete Baumwolle nach Japan und importierte Baumwollprodukte aus Japan (Sato 2012). In die Krise geriet die Beziehung beider Länder durch die indischen Atombombenversuche, insbesondere durch die Testserie, die Indien 1998 unternahm (Jain 2008). Japan das Opfer der ersten beiden Atombomben sah sich als moralischer Statthalter einer weltweiten Anti-Nuklearpolitik, obwohl es zugleich in seiner Verteidigungspolitik auf den Atomschild, den ihm die USA gegen die Sowjetunion bzw. Russland und gegen China baute.

In dem Maße, wie Japan China als den großen Rivalen in Asien wahrnahm, wurde Indien aber nicht zuletzt wegen seiner eigenen Konflikte mit China als fast natürlicher Verbündeter in Asien wahrgenommen. Schon 2000 reiste der damalige Premierminister Yoshihiro Mori zu einem Besuch nach Indien. Seine Nachfolger Junichirō Koizumi und Yasuo Fukuda, der Shinzō Abe im Amt 2007 nachfolgte,

bekräftigten die Freundschaft wieder und suchten die wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und kulturellen Beziehungen auszubauen. Zentral für Japans Beziehung zu Indien war, dass alle Premierminister dieser Jahre mit dem zunehmenden Wissen um China als dem machtpolitischen Rivalen Indien als ein strategisches Gegengewicht zur VR China betrachteten. Mit seiner Rede im indischen Parlament 2007 suchte Abe an die sehr guten Beziehung beider Länder in den fünfziger und sechziger Jahren anzuknüpfen und damit das lange Jahre bündnisresistente Indien als Verbündeten zu gewinnen.

Als Abe 2007 vorschlug, die Malabar-Manöver vor der Küste Okinawas abzuhalten, suchte er damit Indien diese Bedrohung beider Länder durch China deutlich zu machen. Japan hat mit China einen territorialen Konflikt im Ostchinesischen Meer und sieht die lebensnotwendige freie Schifffahrt im Ostchinesischen Meer, auf dessen größten Teil China territoriale Ansprüche erhebt, bedroht. Indien andererseits streitet mit China um große Gebiete im Himalaya und die Vorherrschaft im Indischen Ozean, den China mit Marinestützpunkten zu einem chinesischen Meer machen will. Auch Japan sieht die Sicherheit seiner Energieversorgung und seinen freien Handel außer im Südchinesischen Meer auch im Indischen Ozean bedroht, wenn es China dort gelingt, immer neue Marinestützpunkte wie in Djibouti, dem pakistanischen Gwadar und dem ceylonesischen Hambantota zu errichten.

Im Fall des Ostchinesischen Meeres hat das PCA (Permanent Council of Arbitration) ganz klar den Ausbau von Felsenriffen zu Militärbasen nicht erlaubt, weil es in seinem Urteil von 2016 alle Besitzansprüche der VR China in dem betreffenden Gebiet zurückgewiesen hat. Die VR China erkennt aber den Richterspruch nicht an, weil es sich auf alte historische Rechte beruft, die aber in der Seerechtsprechung, die auf dem Nationalstaatsprinzip mit klar definierten Landesgrenzen basiert, keine Gültigkeit haben. Chinas Rechtsvorstellung basiert in diesem Fall hingegen auf der Imperiumsvorstellung, in der es keine klaren Grenzen, sondern nur Einflusszonen gibt (Hayton 21.06.2016).

Das Ostchinesische Meer liegt im Zentrum des Diamonds, von dem Abe in seinem Artikel im Jahre 2012 schrieb (Abe 2012). Die QUAD-Seemanöver von 2007 vor der Küste des japanischen Okinawa, die aus den indisch-amerikanischen Malabar-Manövern vor der Südküste des indischen Kerala hervorgingen, waren die ersten Seemanöver, die nicht die Piraten- und Terrorismusbekämpfung zum Ziel hatten. In ihrem Mittelpunkt stand vielmehr das zusehends dominantere Auftreten Chinas im Indischen Ozean, der militärische Ausbau einiger Felsenriffe zu Inseln des Ostchinesischen Meeres und die gewachsene Rivalität zwischen Japan und China und den übrigen Ländern der QUAD, Australien, Indien und die USA (Hein 10.05.2018, 07.08.2015).

Ab 2008 begann China seinen Expansionsdrang immer unmissverständlicher zu erkennen zu geben. Auf dem ARF (Asian Regional Forum)-Treffen in Hanoi im Juli 2010 formulierte der damalige chinesische Außenminister Jiechi Yang den Vormachtanspruch Chinas in bis dahin nicht gehörter Deutlichkeit mit dem Satz: »China is a big country and other countrys are small countries and that is just a fact« (Storey 2010). Chinas Staatssekretär Dai Bingguo hatte schon zuvor im Gespräch mit James Steinberg und Jeffrey Bader, zwei US-Offiziellen der Obama-Administration, deutlich gemacht, dass China das Südchinesische Meer als Gebiet von »core interest« betrachte (Storey 2010). Mit »core interest« bezeichnet die chinesische Regierung Gebiete wie Tibet und Taiwan, deren Besitz für China nicht verhandelbar ist und die es im Konfliktfall militärisch verteidigen werde. Von den Anliegerstaaten des Südchinesischen Meeres lehnen alle Chinas Anspruch auf das Südchinesische Meer ab. Mit Ausnahme Indonesiens haben alle eigene, teilweise mit anderen Anrainerstaaten überlappende Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer. Allerdings kommt es gerade zwischen chinesischen Fischtrawlern und indonesischen Küstenwachtbooten immer wieder zu Zwischenfällen, weil China auf angeblichen historischen Fischereirechten auf indonesischem Territorium beharrt.

Japan hat keine territorialen Ansprüche auf Gebiete des Südchinesischen Meeres, aber es fürchtet um die freie Schifffahrt in der Region, wenn China seine Ansprüche durchsetzt. Japan sieht dann seine Energieversorgung aus dem Nahen Osten und den Export japanischer Produkte nach Europa, die beide durch das Südchinesische Meer transportiert werden, gefährdet. Deshalb ist Japan neben den USA der lauteste Kritiker der chinesischen Politik im Südchinesischen Meer und der entschiedenste Befürworter von QUAD. Zusammen mit den USA hat Japan am lautstärksten das Urteil des PCA begrüßt, in dem dieser Chinas territoriale Ansprüche im Ostchinesischen Meer zurückwies (AS 13.07.2016). Japan beschloss zudem 2013, die Philippinen mit Küstenwachtbooten zu beliefern, damit das Land die Seegebiete, die auch von China beansprucht werden, überwachen kann (NAR 11.02.2014). Vietnam, das sich auch im Südchinesischen Meer gegen die territorialen Ansprüche Chinas zur Wehr setzt, erhielt von Japan 2014 ebenfalls Küstenwachtschiffe zur Überwachung seiner Gewässer (Cheney-Peters 02.06.2014). Da Japan sich aus verfassungsrechtlichen Gründen selbst nicht an den US-FONOP (Freedom of Navigation Operations) beteiligen kann, und die VR China nicht allzu sehr provozieren will, sucht es die Anliegerstaaten in ihrem Widerstand gegen Chinas Inbesitznahme des Südchinesischen Meeres zu unterstützen.

3 Die isolierte Region des Indischen Ozeans

Der zweite Anstoß für das Indo-Pazifik-Konzept kommt aus der Wirtschaft. Indien sucht vor allem seit der Liberalisierung seiner Wirtschaft 1991 den Anschluss an die Länder der ASEAN und Ostasiens. Aber auch die ASEAN-Länder und Australien haben die Chancen engerer Wirtschaftsbeziehungen mit Indien, das in den letzten Jahren China mit seinem Wirtschaftswachstum überholt hat, erkannt (DW 29.01.2018). Japan hat schon vor der Rede Premierminister Abes im indischen Parlament die Möglichkeiten des Geschäfts mit Indien erkannt. Seit 2000 gibt es eine »globale Partnerschaft« zwischen Japan und Indien. Zudem ist Indien schon seit 1986 der größte Empfänger von japanischer Entwicklungshilfe.

Die Länder des Indischen Ozeans waren lange Jahre kaum an die wirtschaftlichen Wachstumsregionen Südost- und Ostasiens angeschlossen. Indien, Bangladesch und Sri Lanka sind weder Mitglied der ASEAN noch der APEC. Im Jahre 2009 sagte der ehemalige Chef der indischen Marine, Admiral Arun Prakash, bei dem jährlich stattfindenden Shangri La Dialog in Singapur, als ein Inder fühle er sich, wenn er den Begriff ›Asia-Pacific‹ höre, immer ausgeschlossen (Khurana 2017). Dabei hatte Indien Jahrtausende lang enge kulturelle Beziehungen zu den Ländern Südost- und Ostasiens. Seit der vom 1991 vom damaligen Premierminister Narashimha Rao unter dem Namen ›Look East‹ in die Wege geleiteten wirtschaftlichen Liberalisierung ist Indien bestrebt, diese Isolierung zu überwinden. Der jetzige Premierminister Narendra Modi änderte nach dem Wahlsieg bei den indischen Unterhauswahlen, die ihn und seine hinduistische BJP (Bharatiya Janata Party deutsch: Indische Volkspartei) an die Macht brachte, den Slogan in ›Act East‹, um damit sein noch aktiveres Zugehen auf die östlich von Indien gelegenen ASEAN-Staaten und die Staaten Ostasiens, vor allem Japan, deutlich zu machen.

4 TPP/CPTPP in der Konkurrenz zum RCEP

In der Handelspolitik in Ost- und Südostasien stellte das 2016 beschlossene TPP (Trans Pacific Partnership) einen wichtigen Fortschritt bei der Entwicklung einer gemeinsamen Handelspolitik in Ost- und Südostasien dar. Indien ist bezeichnenderweise nicht an dem Vertrag beteiligt.

Die USA sind aber unmittelbar nach dem Amtsantritt von Präsident Trump aus dem TPP-Abkommen ausgestiegen (Baker 23.01.2017). Die japanische Regierung

war anfänglich einer Weiterführung des Abkommens ohne die USA gegenüber negativ eingestellt (Abramovich 22.11.2016). Mit den USA wäre der Anteil am globalen GDP bei 36 Prozent gelegen, ohne die USA liegt es nur bei 13,5 Prozent. Das schien Japan zu wenig, um den Erfolg des Abkommens zu gewährleisten. Außerdem befürchtete Japan eine Neuverhandlung des Agrarsektors in dem Abkommen. Der Agrarsektor war schon im ersten Abkommen der schwierigste Teil gewesen, weil viele LDP-Abgeordnete aus den ländlichen Regionen eng mit der Agrarlobby verbunden sind. Australien und Neuseeland überzeugten Japan aber von der Weiterführung des Abkommens ohne die USA. Allerdings mussten einige Vereinbarungen, von denen Japan aber nicht betroffen war, neu verhandelt werden, aber der Vertrag wurde im März 2018 in Chile von den elf verbliebenen Partnern unterzeichnet (Michalska 08.03.2018). Das Abkommen heißt jetzt CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership). Mit dem Abkommen werden der Abbau von Zöllen und die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen, gleicher Umweltstandards und Arbeitsschutzmaßnahmen bei den Partnerländern angestrebt.

Das ursprüngliche TPP-Abkommen war vor allem von der US-Regierung unter Präsident Obama und von Japan unter Premierminister Abe betrieben worden und sollte die Mitgliedsländer nicht nur wirtschaftlich zusammenbringen, sondern über die Schaffung einer transparenten Rechtsordnung als der Grundlage des wirtschaftlichen Austauschs ein gemeinsames Wertesystem schaffen, das sich diametral von den undurchsichtigen Geschäftspraktiken mit den großen Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Firmenpolitik unterscheidet, die VR China in der BRI (Belt and Road Initiative) durchsetzen will, weshalb es bei der BRI-Eröffnungskonferenz große Unstimmigkeiten zwischen der EU-Delegation und China gab, die fast zum Auszug der EU-Delegation geführt hätten. Obwohl die USA einen Beitritt der VR China nie ausgeschlossen hatten, verhinderte die große Zahl staatlicher Firmen und die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Geschäftstätigkeit der Firmen die chinesische Mitgliedschaft in der TPP (Cheng 14.10.2014). Es gab namhafte Kritiker der rigiden Haltung bezüglich einer Mitgliedschaft Chinas im TPP-Abkommen. So schrieb David Pilling, damals Asian Editor der *Financial Times*, der Vorwurf der Währungsmanipulation an China treffe auch Japan und der Vorwurf der mangelnden Transparenz treffe auch auf viele TPP-Mitgliedsländer zu. Letztlich sei der Ausschluss Chinas ein politischer Ausschluss, mit dem Ziel des Containments Chinas. In Shinzō Abe, dem nationalistischen Premierminister Japans, sah Pilling die treibende Kraft der Containment-Politik Chinas (Pilling 22.05.2013).

Mit Donald Trump als US-Präsident scheint sich die Situation zu verändern. Trumps Handelspolitik hat China und Japan dazu gebracht, sich einander anzunä-

hern. In diesem und dem nächsten Jahr sind gegenseitige Besuche von Premierminister Abe und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping geplant und Japan zeigt sich aufgeschlossen gegenüber einer Beteiligung an BRI-Projekten.

Es gibt auch andere gewichtige Gründe, an einer Containment-Politik zu zweifeln, sollte sie denn versucht werden. China ist heute der größte Handelspartner der asiatischen Mitglieder des CPTPP-Vertrags. Diese Länder können sich wirtschaftlich ein Containment Chinas gar nicht leisten. Das gilt nicht zuletzt auch für Japan. China war 2017 mit einem Handelsvolumen von 132 Milliarden Dollar nur knapp Zweiter hinter den USA mit 135 Milliarden Dollar (Workman 01.05.2018).

Dazu wird von der VR China seit 2012 ein Konkurrenzabkommen zur TPP/CPTPP mit dem Namen RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) vorangetrieben, an dem auch Indien und Myanmar beteiligt sind. In der RCEP soll die Trennung von Staat und Wirtschaft sehr viel weniger rigid sein. In chinesischen Firmen hat der Staat wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten auf die Firmenpolitik und kann eine Subventionspolitik betreiben, die diese staatlichen Firmen Wettbewerbsvorteile verschafft. Zudem soll auf die Schaffung gleicher Arbeitsschutz- und Umweltschutzbedingungen weitgehend verzichtet werden. Sie sollen ja im CPTPP-Abkommen für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen (MOFA 20.11.2012). BRI und RCEP liegen dieselben undurchsichtigen Geschäftsbedingungen zugrunde.

Von RCEP-Seite wird argumentiert, dass das geplante weniger detailliertere Abkommen Ländern wie Myanmar, Indien und Laos mit ihrem niedrigen Entwicklungsstandard die Teilhabe an dem Abkommen ermögliche. Das bedeutet jedoch auch die Akzeptanz niedrigerer Umweltstandards in der Produktion und das Wegsehen bei der Kinderarbeit. Es bedeutet aber auch ein einfacheres Patentrecht. Daran sind vor allem die weniger entwickelten Länder wie Indien interessiert, weil so viele neue Arzneimittel nicht patentiert werden können. Ohne Patentrechtsschutz können sie billiger auf den Markt kommen. In armen Ländern haben so mehr Menschen die Möglichkeit, lebensnotwendige Arzneimittel zu bekommen (Stuenkel 21.08.2015).

Sieben Mitglieder des CPTPP-Handelsabkommens sind auch an den Verhandlungen zum RCEP beteiligt. Japan, Australien und Neuseeland wollen so viel wie möglich von den Rechtsregeln und der Transparenz des CPTPP-Abkommens in den RCEP-Vertrag einbringen. Das RCEP-Abkommen eröffnet den Unterzeichnern eben auch den riesigen chinesischen Markt.

Faktisch steht China hinter dem RCEP-Abkommen, weil seine Konstruktion dem intransparenten Wirtschafts- und Business-Modell Chinas nahekommt, während das TPP-Abkommen mit seiner Transparenz und seinem ausgefeilten Patentschutz vor allem Firmen aus Japan, Australien und Neuseeland zugutekommt. Ihre

Geschäftskultur basiert auf der vom Rule of Law bestimmten Wirtschaftsordnung, die im Gegensatz zu einer intransparenten von Staat und Partei gelenkten Wirtschaftsordnung steht, wie sie für China kennzeichnend ist.

Die Rede des chinesischen Präsidenten Jinping Xi auf dem Parteikongress 2017 hat die politischen Differenzen der beiden Konzepte deutlich gemacht. Während man im Westen lange Zeit geglaubt hatte, China werde sich mit der zunehmenden wirtschaftlichen Entwicklung in die Richtung westlicher Demokratievorstellungen und dem damit verbundenen legalistischen Denken, dem verbindlichen geschriebenen Recht annähern, hat Präsident Xi deutlich gemacht, dass in der VR China die Partei das letzte Wort hat und keine Annäherung an westliche Standards geplant sind. Mit seiner Wahl zum faktischen Präsidenten auf Lebenszeit, hat er zugleich deutlich gemacht, dass demokratische Legitimation in der VR China nichts gilt. Die Herrschaft der Kommunistischen Partei und das Rule of Law schließen einander aus (Kolonko 20.10.2017). Das hat natürlich auch Konsequenzen für die Wirtschaftsordnung. CPTPP und RCEP sind sehr gegensätzliche Konzepte, obwohl sieben CPTPP-Staaten, darunter Japan, das in der Vergangenheit häufig die Bedeutung des Rule of Law betont hat, Mitglieder in der RCEP werden wollen.

5 Den Organisationswirrwarr entwirren

Die Vielzahl der wirtschaftlichen und politischen Organisationen in Asien, die sich in ihrer Zielsetzung oft überschneiden, ist verwirrend und ihr Nebeneinander nur schwer einsehbar. Die Frage ist berechtigt, warum jetzt noch das Indo-Pazifik-Konzept dazu kommen muss. Man hätte ja TPP und ASEAN von der Begrenzung auf den pazifischen Ozean auf den Indischen Ozean ausweiten können.

Es gibt mehrere theoretische Ansätze, das Organisationswirrwarr zu ordnen. Tan See Seng vom Institute of Defence and Strategic Studies in Singapur hat drei Ansätze in einem Aufsatz für das *East Asia Forum* von 2011 zusammengefasst (Seng 15.11.2011). Ein Ansatz stammt vom ehemaligen australischen Premierminister Kevin Rudd und der ihm verbundenen »Canberra School«. Der Vorschlag wurde auf einer Konferenz in Sidney 2009 vorgestellt. Rudd plädiert darin für die Gründung einer APC-Initiative (Asian Pacific Community), die zu einer Institution mit einer umfassenden Agenda ausgebaut werden soll. Vorbild war ihm dabei die EU (European Union). Allerdings sollte die APC nicht die Machtbefugnisse der EU-Institutionen erhalten. Im Gegensatz zu anderen Ansätzen sollte China auch Teil dieser Community werden.

Nach der kühlen Reaktion Chinas und der USA auf Rudds Vorschlag schlug dieser vor, sich am EAS zu orientieren und die ASEAN zum Mittelpunkt der Institution zu machen. Die ASEAN ist eine formelle Organisation mit zehn Mitgliedern der Asia-Pazifik-Region. Im EAS ist aber trotz des Namens auch Indien als Land des Indischen Ozeans Mitglied, dazu die VR China, Russland und als nicht-asiatisches Land die USA. Die von Rudd vergeschlagene APC wäre also wie die EAS nicht auf die Asia-Pazifik-Region begrenzt. Aber Rudd hatte mit dem APC-Vorschlag eben doch eine verbindlichere Organisation im Sinn als das Gesprächsforum EAS. Die EAS wäre aber wie die auf die südostasiatischen Staaten beschränkte ASEAN oft nicht handlungsfähig, weil die Länder politisch sehr verschiedene Interessen haben und Abstimmungen Einstimmigkeit erfordern. Laos und Kambodscha etwa stehen China sehr nahe bzw. sind von ihm abhängig, andere Staaten wie Indonesien wollen gerade nicht in die Abhängigkeit Chinas geraten. Rudds Vorstellung, die EAS zu einer EU-ähnlichen APC auszubauen, war schon 2009, als er diesen Vorschlag gemacht hatte, ziemlich unrealistisch. Mit dem heute viel stärker nach einer chinesischen Hegemonie in Asien strebenden China und dem wachsenden Widerstand dagegen ist eine solche Vorstellung vollends illusorisch geworden. Das zweite von Seng (15.11.2011) genannte Modell hat die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton im Jahre 2010 vorgestellt. Die ihr verbundene »Washington School«, die dem US Think Tank Council of Foreign Relations nahesteht, verfolgt darin einen funktionalistischen und ergebnisorientierten Ansatz. Dabei dürfte es Clinton vor allem darum gegangen sein, die Länder der Region in der Abwehr des chinesischen Vormachtstrebens zu einigen. Allerdings dürften die Länder der Region infolge ihrer wirtschaftlich guten Beziehungen zu China dazu nicht bereit sein. Ein ähnlicher dritter Ansatz wird von der sogenannten »Singapore School« vorgeschlagen. Hinter diesem Ansatz stehen kleine Staaten wie Singapur, deren Interessen in dem Vorschlag zum Ausdruck kommen. Er sieht in der Vielfalt der Organisationen kein Problem und sucht die existierende Dezentralität zu erhalten, weil in ihr den kleinen Staaten mehr Gewicht zukommt.

Es dürfte in absehbarer Zukunft nicht möglich für die Indo-Pazifik-Region sein, einen geschlossenen organisatorischen Rahmen zu entwickeln, wie ihn Rudd propagiert. Die Region ist zu diversifiziert. Die vielen verschiedenen Interessen der zahlreichen Länder auch nur in einzelnen Sachfragen unter einen Hut zu bringen, dürfte schwer möglich sein. Dazu wollen die großen Länder Indien, Japan und der Riese China mit ihrer finanziellen und politischen Macht die Region dominieren.

6 Indo-Pazifik-Konzept, ASEAN und APC

Wie stellt sich in diesem Umfeld Khurasans und im Gefolge davon Abes Indo-Pazifik-Konzept dar? Eine organisatorische Verbindung des Indo-Pazifik-Konzepts und von QUAD zu ASEAN, EAS und anderen Organisationen gibt es nicht. Insofern wiederholt sich hier das Dilemma der übrigen Organisationsversuche, in denen ein verbindendes Moment kaum existiert. Es gibt Überlegungen, Indonesien und Vietnam in die QUAD aufzunehmen, aber sehr konkret ist das nicht.

Premierminister Abe hat in seiner Rede vor dem indischen Parlament mit emphatischen Worten die gemeinsame Zukunft der Region beschworen. Aber er ist zu sehr Realpolitiker, um die nähere Zukunft der Region in einer Organisation mit verbindlichen Strukturen, wie Rudd sie vorgeschwebte, zu sehen. Abe wird eher, wie Hillary Clinton vorschlug, innerhalb der bestehenden Institutionen Fortschritte bei der Zusammenarbeit der Staaten suchen. Die indo-pazifischen Staaten divergieren zu sehr in ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und ihrer kulturellen Verschiedenheit, um sie unter ein auf festen Regeln basierendes organisatorisches Dach zu bringen. In der Sicherheitspolitik dürfte Abe zwar an einer Institutionalisierung der 2007 entstandene QUAD interessiert sein, aber er weiß, dass China die Umwandlung der QUAD in ein formelles Bündnis nicht akzeptieren würde, und Japan hat durch seine Verfassung selbst einen sehr begrenzten Handlungsspielraum für seine Kriegsmarine.

Indiens Premier Narendra Modi hielt dieses Jahr die Key Speech beim Shangri-La-Forum in Singapur, bei dem jedes Jahr im Juni Sicherheitspolitiker vieler Länder zusammenkommen, um Sicherheitsfragen in Asien zu diskutieren. Der Schwerpunkt in Modis Rede lag dabei auf der Rolle des Indo-Pazifik-Konzepts. Für ihn ist die indo-pazifische Region von Korea und Japan bis Indien eine Welt der Mittelmächte, der liberalen Werte, des freien Handels und des Rule of Law. Aber darüber hinaus sieht er die Region aufgrund seiner liberalen Werte und des Rule of Law als das Zentrum der Welt, während der Führungsanspruch der USA in Frage steht und China das Rule of Law nicht akzeptiert. Es ist ein Konzept, das für alle Länder offen ist, wobei Modi der ASEAN eine zentrale Rolle zuschreibt, auch weil sie geographisch im Zentrum der Region liegt. Die sicherheitspolitischen Aspekte des Konzepts, die für US-Präsident Trump wie für Japans Premierminister Abe von zentraler Bedeutung sind, sprach Modi in seiner Rede nur indirekt an (Heydaraian 02.06.2018). Ganz offensichtlich wollte er kurz nach seinem ganz auf Verständigung ausgerichteten zweitägigen Treffen mit Chinas Präsident Xi die Beziehungen beider Länder nicht schon wieder belasten.

7 Indiens langsamer Weg nach Osten

Mit der Wahl Narendra Modis zum indischen Premierminister wurde aus der »Look East« eine »Act East« Politik (Tripathi 15.07.2017). Modi wollte mit dem neuen Namen eine noch aktivere Hinwendung zur ASEAN und den übrigen Ländern der Region einleiten, aber auch zur Region westlich von Indien bis hin zur Straße von Hormuz und bis Ostafrika. Und sie soll die Entwicklung der Wirtschaft dieser Region sowie die Sicherheitspolitik beinhalten. Modi will mit dieser sogenannten Modi-Doktrin (Tripathi 15.07.2017) Indien auf ein Level mit den USA und Indien heben. Seine Einladung, die Key Speech beim Shangri-La-Dialog 2018 zu halten, war eine Anerkennung für seine »Act-East« Politik. Tatsächlich fällt es Indien aber immer noch schwer, eine seiner Größe gemäße aktive außen- und wirtschaftspolitische Rolle in der Region zu spielen. Zwar hat Indien in den letzten Jahren ein größeres Wirtschaftswachstum als China aufzuweisen, aber auf der Grundlage einer sehr viel geringeren Basis. Darüber hinaus betrieb Indien viele Jahre eine sehr selbstbezogene Außenpolitik auch in dem Bewusstsein, ein halber Kontinent zu sein. Bis heute ist Indien nicht nur kein ASEAN-Mitglied und zwar nicht nur deshalb, weil es nicht zur Asia-Pazifik-Region gehört, sondern auch, weil es ihm schwer fällt, sich in bestehende Organisationen einzuordnen (Ganguly 08.03.2018; Singh 17.05.2016).

Im Vergleich zur VR China fehlt es Indien auch an Geld, um wie China mit der Förderung von Infrastrukturprojekten Außenpolitik zu machen. Zwar plant Indien mit Myanmar und Thailand einen Highway, der von Indien bis Thailand und später nach Vietnam führen soll, aber Indien hat Myanmar für den Bau seines Teilstücks lediglich ein Darlehen von 500 Mill. Dollar versprochen (Reddy 08.06.2016). Im Vergleich dazu will China bis 2030 in den CPEC (China-Pakistan Economic Corridor), der eine High Speed Bahnstrecke von China in den pakistanischen Hafen von Gwadar und eine industrielle Infrastruktur entlang der Bahnstrecke umfassen soll, 62 Mrd. Dollar investieren (Hussain 12.04.2017).

Indien und die ASEAN sind beide mit der schleppenden Entwicklung des Handels und den Beziehungen nicht zufrieden. Indien erwartete von der ASEAN mehr Unterstützung bei seiner Entwicklung, aber die ASEAN ist mit der Schwerfälligkeit Indiens unzufrieden. Dies steht im Gegensatz zum rasanten Wachstum Chinas und dessen rapide gewachsenem Handel mit der ASEAN. Zwar ist Indiens Handel mit der ASEAN in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen, 2016–17 gar um jährlich ca. 10 Prozent auf 71,6 Mrd. Dollar, allerdings betrug der Handel Chinas mit der ASEAN im gleichen Jahr 452 Mrd. Dollar (Gupta 26.01.2018; *Xinhua* 28.01.2018). China ist zwar ein politisch ungeliebter Partner, aber es ist im Gegen-

satz zu Indien ein begehrter Wirtschaftspartner, mit dem der Handel floriert und das Infrastrukturprojekte in den Ländern Süd- und Südostasiens zu günstigen Preisen finanziert.

Indien gewinnt hingegen als Wirtschaftspartner nur langsam an Attraktivität. Es ist zudem als Verhandlungspartner wegen seiner konservativ-unbeweglichen Bürokratie unbeliebt. Mit welch gemischten Gefühlen die Staaten der Region Indiens Beitritt in wirtschaftlichen Organisationen der Region gegenüberstehen, lässt sich an der ablehnenden Haltung der APEC-Mitglieder gegenüber einem Beitritt Indiens in die APEC erkennen. Auch bei der Aufnahme in die WTO hat sich Indien mit seiner hinhaltenden Verhandlungstaktik unbeliebt gemacht. Die ASEAN-Mitglieder kritisieren vor allem Indiens langsames Reformtempo bei der Modernisierung seiner Wirtschaft.

Trotzdem ist Indien mittlerweile Mitglied in einer Reihe von asiatischen Organisationen geworden. 2009 schloss es mit der ASEAN einen Freihandelsvertrag. Es wurde Mitglied im ARF und dem EAS. Es verdankt die wachsende Beachtung vor allem der Tatsache, dass die VR China von den meisten ASEAN-Staaten trotz dem wirtschaftlichen Reiz, den es auf die ASEAN-Staaten ausübt, gleichzeitig zunehmend als Bedrohung wahrgenommen wird, auch wenn sie nicht allzu offen gegenüber Chinas Vormachtstreben opponieren, weil die VR China eben der größte Handelspartner der meisten Staaten der Region ist (Singh 18.01.2018). Das gleiche gilt auch für Indien. Indiens Annäherung an die ASEAN hat seinen Hauptgrund in der Bedrohung Indiens durch China (Baypae 24.01.2018).

Als 2007 Japans Premierminister Shinzō Abe im indischen Parlament seine programmatische Rede zur Zusammenführung der Regionen des Indischen und des Pazifischen Ozeans hielt, wurde sie begeistert aufgenommen, aber sie wurde in der indischen Öffentlichkeit kaum mit der Bedrohung Indiens durch die VR China in Verbindung gebracht, sondern eher als das Ende der Ausschließung Indiens von der prosperierenden Asien-Pazifik-Region wahrgenommen (Mochizuki 2007). Nach den militärischen Spannungen zwischen Indien und China im Himalaya und den Plänen, im Indischen Ozean Militärbasen aufzubauen, nimmt man in Indien die Drohung des chinesischen Expansionismus ernster als noch vor wenigen Jahren. Deshalb wurde die QUAD 2017 wiederbelebt, auch wenn Australien von Indien als dem Gastgeber nur zu den Vierergesprächen, aber nicht zu den Seemanövern eingeladen wurde.

Aber nach dem zweitägigen Treffen Modis mit Chinas Präsident Jinping Xi im chinesischen Wuhan und nach Modis Rede auf dem Shangri-La-Forum im Juni 2018 wurde wieder deutlich, dass Indien an seiner traditionellen Politik des Ausgleichs festhalten will. Deshalb wurde Australien wider Erwarten zu den Malabar-

Manövern 2018 wieder nicht eingeladen. Indien sieht zwar in China seinen größten Rivalen, aber es will den Konflikt mit dem Nachbarn trotzdem auf kleiner Flamme halten und sich nicht dem chinesischen Vorwurf aussetzen, eine asiatische NATO zum Containment Chinas schaffen zu wollen.

Indien hat mehrere Territorialkonflikte mit China im Norden Indiens. 2017 begann die chinesische Armee im Grenzgebiet von Bhutan, China und Indien auf dem Territorium Bhutans mit dem Bau einer Straße. Indien schickte daraufhin ein Truppenkontingent in die Region. 73 Tage lang standen sich indische und chinesische Truppen gegenüber, bis es am 28. August 2017 zu einer Vereinbarung kam. China stellte daraufhin den Straßenbau ein und beide Seiten zogen ihre Truppen zurück. Die meisten Beobachter sahen Indien als den Gewinner der Konfrontation. Andere aber gingen davon aus, dass die VR China vor dem Gipfel der BRIC (Brasilien, Russland, Indien und China) vom 3.–5. September 2017 in Chinas Xiamen den Konflikt vorübergehend entschärfen wollte. Mittlerweile sind die chinesischen Truppen wohl auch wieder auf das Doklam Plateau zurückgekehrt (Unnithan 30.09.2017).

China sucht im Indischen Ozean die sogenannte »String of Pearls« zu installieren, Hafenstützpunkte für den Handel der chinesischen Industrieprodukte, die aber auch als Stützpunkte für Chinas Kriegsmarine dienen könnten. Im Rahmen seiner Belt and Road Initiative baut China die Hochgeschwindigkeitszugstrecke von Kashgar in Chinas autonomer Region Xinjiang in das am arabischen Meer gelegene pakistanische Gwadar. Sie führt zum einen durch einen von Indien beanspruchten Teil Kaschmirs. China will mit der Bahn einen Transportweg für seine Industrieprodukte schaffen und über den nahe am Persischen Golf gelegenen Hafen Öl nach China transportieren. Aber zugleich will China im Wettbewerb um die Vorherrschaft im Indischen Ozean Indiens alten Rivalen Pakistan noch mehr an China anbinden, indem es Pakistan den Bau der Bahnlinie und den entlang der Bahnlinie entstehenden Industriekorridor und den Bau des Hafens von Gwadar finanziert. 62 Mrd. Dollar will China in das CPEC investieren. Die Gefahr ist groß, dass Pakistan, die Kosten des Projekts niemals an China zurückerstatten kann. »Deft Trap Diplomacy« wird dieses Vorgehen Chinas mittlerweile genannt (McIntyre 17.04.2018). In Sri Lanka beispielsweise musste die Regierung den viel zu groß dimensionierten Hafen Hambantota für 99 Jahre China überlassen, weil sie dessen Bau- und Unterhaltungskosten nicht mehr aus dem Regierungshaushalt bestreiten konnte. Der Grund für das Leasen des Hafens dürfte in seiner geostrategischen Lage auf dem Weg von China nach Europa und Afrika liegen. In Indien fürchtet man, dass China den Hafen in der Zukunft militärisch nutzen will (*Strait Times* 28.03.2018). Auch auf den Malediven haben die chinafreundliche Regierung und China überdimensionierte Infrastrukturprojekte beschlossen, gegen die sich eine breite Opposition bil-

dete, die eine Überschuldung des Landes fürchtete. Als es zu Demonstrationen kam, verhängte die Regierung den Ausnahmezustand. Das veranlasste China, Marineeinheiten in die Region zu entsenden, die dort gegebenenfalls zu Gunsten der Regierung eingreifen sollten. Indien schickte daraufhin eigene Marineeinheiten. Die US-Marine hat zudem ganz in der Nähe in Diego Garcia eine Militärbasis, und australische Marineeinheiten waren ebenfalls in der Region unterwegs. Das veranlasste die chinesischen Einheiten zum Rückzug (Kuronuma 23.03.2018).

In Bangladesch konkurrieren Indien und China ebenfalls um Einfluss. China hatte 1971 im Unabhängigkeitskrieg Bangladeschs Pakistan unterstützt, das die Abspaltung Bangladeschs von Pakistan verhindern wollte. Mit Hilfe der indischen Armee erlangte Bangladesch aber seine Unabhängigkeit. Deshalb waren die Beziehungen Bangladeschs zu China lange Zeit belastet. Das hat sich verändert. Schiffe der chinesischen Marine besuchen regelmäßig den Bangladescher Hafen Chittagong. Im Jahre 2016 besuchte Chinas Präsident Xi das Land und unterzeichnete die Verträge für 27 Kooperationsprojekte im Wert von 13,6 Mrd. Dollar zum Ausbau der Infrastruktur, nach der das Land hungert. Indiens Premier Modi machte bei seinem Besuch 2015 hingegen lediglich Kreditzusagen in Höhe von 2 Mrd. Dollar. Das kennzeichnet die Möglichkeiten beider Länder bei der Beeinflussung Bangladeschs. Im Gegenzug hat Bangladesch auch versprochen, Chinas BRI-Projekte zu unterstützen, denen Indien kritisch gegenübersteht (Kabir 14.01.2016).

Vor Jahren sah Indien in China bei aller Rivalität vor allem einen Kooperationspartner. Beide Länder sind Mitglieder der BRIC-Staaten und Indien ist auch Beitrittskandidat der Shanghai Gruppe, die primär aus innerasiatischen Staaten besteht. Es ist auch an den von China betriebenen Verhandlungen zum RCEP-Abkommen beteiligt, das in den Fragen des Abbaus von Zollschränken in der Landwirtschaft und des Patentrechtes für Medikamente für Indien vorteilhafter ist als das CPTPP-Abkommen mit seinen hohen Standards. China hat auch großes Interesse an einer Beteiligung an den in Indien geplanten fünf Industriekorridoren, deren Kern jeweils ein Hochgeschwindigkeitszugprojekt ist.

Bis vor wenigen Jahren hatte die indische Regierung hier die Konkurrenz zwischen China und Japan geschürt, um die Projekte zu günstigeren Konditionen bauen zu können. Dann wurde China kaum noch als möglicher Projektpartner, sondern vor allem als strategischer Rivale in der Region wahrgenommen. Die indische Ablehnung der Einladung zum BRI-Gipfel, der im Mai letzten Jahres in Beijing abgehalten wurde und der auch der Startschuss zu dem Projekt war, ließ die Beziehungen zwischen beiden Ländern abkühlen (Kondapalli 15.05.2017). Aber nach dem überraschenden zweitägigen Treffen von Modi mit Xi in Wuhan und seiner Rede vor dem Shangri-La-Forum in Singapur, bei dem er auch die Zusammenarbeit

mit China beschwor, mag sich der Wind wieder gedreht haben und China doch wieder als Kooperationspartner interessant erscheinen (*SCMP* 02.06.2018).

In Indien finden 2019 Parlamentswahlen statt. Die bisherige Parlamentsmehrheit von Premier Modis BJP (Bharatiya Janata Party) ist dabei nicht gesichert. Deshalb sucht Modi ein Klima der außen- und innenpolitischen Sicherheit zu schaffen und politische Konflikte zu vermeiden. Ein möglicher innenpolitischer Konflikt sind die geringen Einkommen der Landwirte. Um sie vor der nächsten indischen Parlamentswahl zu beruhigen, braucht die Regierung Geld. Deshalb steht plötzlich wieder die Finanzierung der Hochgeschwindigkeitsbahnlinie von Ahmedabad nach Mumbai in Frage (*JT* 25.04.2018). Das Geld soll möglicherweise den Bauern zugutekommen. Der Bau der Hochgeschwindigkeitszugstrecke sollte zum größten Teil von Japan finanziert werden. Japan will aber kein weiteres Geld in das Projekt einschließen, falls Indien seinen Anteil an den Kosten den Bauern zukommen lassen will. China wartet aber nur darauf, an Stelle Japans einzuspringen.

Die wirtschaftliche und militärische Unterlegenheit Indiens gegenüber China macht es Indien schwer angesichts der bestehenden Konflikte eine konfrontative Politik zu verfolgen. Indien braucht wie alle anderen Länder der Indo-Pazifik-Region Partner in der Auseinandersetzung mit dem Riesen China. Deshalb braucht es wirtschaftliche Partner wie die ASEAN, Japan und die USA und als sicherheitspolitischen Partner das QUAD.

8 Australien auf dem Weg nach Asien

Während Indiens und Japans Beziehungen mit China seit Jahrzehnten durch territoriale Konflikte, Rivalität und Zusammenarbeit zugleich geprägt sind, hat Australien in den letzten Jahrzehnten nur vom wirtschaftlichen Aufstieg Chinas als Rohstofflieferant profitiert. Australiens Wohlstand verdankt sich vor allem Chinas wirtschaftlichem Aufstieg. Australien ist wirtschaftlich mit China eng verbandelt. Im Finanzjahr 2016/17 gingen 29,6 Prozent der australischen Exporte, vor allem Kohle, Eisenerze, Naturgas und Gold nach China (*Cong* 07.06.2018). Australien ist auch ein beliebter Studienort chinesischer Studenten. Im Dezember kamen 2015 170.000 der 645.000 ausländischen Studenten aus China. Für die australischen Universitäten und die gesamte australische Wirtschaft sind die ausländischen Studenten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden. Die Abwanderung eines großen Teils der chinesischen Studenten würde die Finanzierung der Universitäten empfindlich treffen.

Verschiedene Vorkommnisse haben aber dazu geführt, dass Chinas Image in Australien schwer gelitten hat. Zum einen erhielt ein australischer Politiker von chi-

nesischer Seite Geld, um für Verständnis für Chinas Politik im Ostchinesischen Meers zu werben. Zudem sind in Australien ansässige chinesische Geschäftsleute in den Verdacht geraten, universitäre Think Tanks zu einer pro-chinesischen Politik zu bewegen. Auch einige Medien sind in den Verdacht einer chinahörigen Berichterstattung geraten. Deshalb hat Australien den chinesischen Telekomkonzern Huawei zuerst vom Bieterwettbewerb um ein Tiefseekabel und auch noch vom Ausbau eines G5-Mobilfunknetzwerkes ausgeschlossen (*Bloomberg* 23.08.2018). Des Weiteren denkt Australien jetzt über eine Änderung der Spionagegesetze nach und will Geldspenden ausländischer Geschäftsleute begrenzen. Zudem wird in Australien Chinas Politik im Südpazifik zunehmend als Hegemoniestreben in dieser Region, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Australiens Hinterhof war, wahrgenommen. China versucht kleine Inselstaaten der Region wie Vanuatu mittels der auch bei den Staaten des Indischen Ozeans praktizierten »debt trap policy« von sich abhängig zu machen. Es finanziert großzügig Regierungsgebäude auf Vanuatu, darunter eine neue Residenz für den Premierminister und es will den vereinbarten Hafenausbau auf Vanuatu für die chinesische Marine nutzbar zu machen (*Smyth* 06.06.2017). Die australische Öffentlichkeit ist über den Umgang mit China geteilter Meinung. Zum einen gibt es eine fast hysterische Anti-China-Stimmung, aber es gibt auch viele Stimmen aus dem universitären Bereich und von ehemaligen Politikern, die die Notwendigkeit guter Beziehungen mit China betonen und davor warnen, die jahrzehntelang erfolgreiche Balancepolitik der guten wirtschaftlichen Beziehungen zu China einerseits und der an den USA orientierten Sicherheitspolitik andererseits aufzugeben.

Premierminister Turnbull war im Januar zu einem Kurzbesuch in Japan und inspizierte dort japanische Raketenabfangeinheiten vom Typ PA-3 und führte Japans Premier Abe das gepanzerte australische Mehrzweckfahrzeug Bushmaster vor, das Japan von Australien kaufen wird. Japan und Australien vereinbarten dabei auch ein sogenanntes VFA (Visiting Forces Agreement) abzuschließen, das die Abhaltung gemeinsamer Manöver in beiden Ländern ermöglichen würde. Australien würde damit zum zweitwichtigsten Verbündeten Japans nach den USA (*NAR* 18.01.2018). Nach dem gescheiterten Verkauf von zwölf japanischen U-Booten an Japan, der in Australien sehr kritisch betrachtet wurde, waren die Beziehungen beider Länder abgekühlt. In Australien fürchtete man, dass durch den U-Boot-Verkauf eine zu starke Bindung an Japan entstehe, die dazu führen könne, dass Australien in einen chinesisch-japanischen Krieg um die Senkaku-Inseln hineingezogen werden könnte (*White* 07.07.2014). Jetzt sind die beiden Länder aber wieder zusammengerückt, weil in Australien die Furcht vor einem zu mächtigen China gewachsen ist.

Australien beteiligte sich 2017 erstmals wieder am QUAD-Dialog, aber Indien war gegen eine Beteiligung von Australiens Marine an den Malabar-Manövern und es ist auch gegen eine Beteiligung Australiens an den Manövern 2018. Trotzdem geht die militärische Zusammenarbeit Australiens und Indiens weiter. So trafen die Außenminister und Verteidigungsminister beider Länder zu einem Treffen zusammen, und die Marine beider Länder hielten gemeinsame Manöver, die sogenannten AUSINDEX vor der Küste Australiens ab, in der Hoffnung, dass bilaterale Manöver weniger das Missfallen Chinas erregen würden als im QUAD-Verband (Gady 13.06.2018).

Traditionell verstand sich Australien immer als einen pazifischen Ableger Europas. Seine Firmen investierten in der Vergangenheit nicht gerne in den ASEAN-Ländern, sondern lieber in Neuseeland, dem man sich kulturell und mit seinen Werthaltungen sehr verbunden fühlt. Vor allem in der Frage der Menschenrechte gibt es große Differenzen mit einigen ASEAN-Mitgliedsstaaten. Aber auch Australien war in den südostasiatischen Ländern oft nicht beliebt. So war der neue malaysische Premier Mahatir immer ein scharfer Kritiker Australiens. In den letzten Jahren fürchtet Australien zudem das rapide Wachstum der ASEAN-Länder. Das aggressive China und die unzuverlässigen USA haben Australien verunsichert, es ist gar von Identitätskrise die Rede (Roughneen und Power 11.04.2018). Trotzdem werden die Bande zwischen Australien und den ASEAN-Staaten immer enger, weil die Kontakte zwischen den Menschen immer mehr werden. Viele junge Menschen aus den ASEAN-Ländern studieren in Australien und werden auf diese Weise mit Land und Leuten vertraut und persönliche Bindungen entstehen, die die Anbahnung von Geschäftsbeziehungen sehr erleichtern. Auch der wachsende gegenseitige Tourismus in die ASEAN-Länder und nach Australien trägt dazu bei, dass sich die Bande zwischen der ASEAN und Australien verstärken und die Länder der ASEAN mehr in den Fokus der australischen Firmen rücken, die nach Investitionen im Ausland suchen. Zugleich sind aber die Kultur und nicht zuletzt die politische Kultur Australiens und der ASEAN sehr verschieden. Der Vorschlag des indonesischen Präsidenten Widodo nach einer australischen Mitgliedschaft in der ASEAN auf dem ASEAN-Treffen im März 2018 in Sidney dürfte daher sowohl in Australien wie unter den ASEAN-Staaten keine Mehrheit finden (Dziedzic 17.03.2018). Die ASEAN ist eine sehr heterogene Gemeinschaft. Einige Länder stehen China sehr nahe. Sie verhindern regelmäßig die in der Satzung der ASEAN geforderte Einstimmigkeit bei Abstimmungen etwa zu territorialen Fragen im Südchinesischen Meer. Deshalb ist die ASEAN oft handlungsunfähig. Dazu sieht es mit den demokratischen Standards und der Achtung der Menschenrechte in einigen ASEAN-Ländern nicht gut aus. Allerdings ist auch Australien beim Umgang mit

Flüchtlingen kein Musterland. Aber Australien wäre mit seiner ganz anderen politischen Kultur aufgrund des Konsensprinzips der ASEAN gezwungen, die undemokratische und die Menschenrechte negierende Politik in Ländern wie Kambodscha, Vietnam und den Philippinen mitzutragen. Australien wird in der Region als Statthalter der USA wahrgenommen, auch in dessen ungeliebter Rolle als Weltpolizist. Mitglied in der ASEAN zu werden, hieße dann, dass Australien mit den ganzen Ambivalenzen umzugehen hätte wie die USA. So spricht viel dafür, dass es eher bei der sogenannten ›Strategischen Partnerschaft‹ im Verhältnis Australien–ASEAN bleiben wird, in der die Ziele für die politische, sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in vielen Bereichen festgelegt werden.

9 Die USA – von der Führungsnation zum großen Unsicherheitsfaktor

Der östliche Eckpunkt von Premier Abes Diamond ist das US-amerikanische Hawaii. Früher waren die USA die Führungsnation in Asien. Sie waren für alle Staaten der Region das wirtschaftliche und kulturelle Vorbild. Die Menschen in allen Ländern wollten so leben, wie sie es in den US-amerikanischen Filmen sahen und wie es ihnen die US-amerikanische Popmusik verhieß. Für ein solches Leben waren sie bereit hart zu arbeiten. Dazu gab es mit den USA keine territorialen Konflikte. Aber die Rolle der USA als Weltpolizist hat doch immer auch eine ambivalente Einstellung ihnen gegenüber gefördert.

Aber die USA haben heute nicht mehr so viel Geld zu verteilen, wie vor dem Golfkrieg, dem Afghanistankrieg und der Finanzkrise von 2008. Paul Kennedys These von der Überdehnung der Kräfte, die Hegemonialstaaten droht, ist auch im Falle der USA Realität geworden (Kennedy 1987). Die Überdehnung der Kräfte Amerikas scheint aber auch eine Überdehnung der mentalen Kräfte vieler Menschen zu sein. Vom immerwährenden Optimismus Amerikas ist nichts mehr zu spüren. Das Land ist zerrissen und wird von einem psychisch instabilen Präsidenten regiert, gegen den die Kongressmehrheit kein Impeachment anstrengt, weil er eine Wählerschaft hat, die seinen Extremismus mitträgt. Unter Präsident Trump wollen die USA zwar Asiens führende Nation sein, aber nicht die Kosten und die Verantwortung einer Führungsrolle übernehmen, sondern nur der Gewinner in allen Konflikten und im wirtschaftlichen Wettbewerb sein. Präsident Barack Obama hatte mit dem TPP-Abkommen auf die Durchsetzung des Rule of Law als Basis eines gemeinsamen Wertesystems in der Region hingearbeitet. Trump ist aber an keinem gemeinsamen Wertesystem interessiert, sondern nur am Survival of the Fittest.

Das untergräbt auch das politische Sicherheitssystem in Asien, das Trump sehr wohl erhalten will, weil er verstanden hat, dass die USA in Asien Verbündete gegenüber einem immer mächtigeren China brauchen. Aber wenn das Gemeinsame der Staaten nur das Survival of the Fittest ist, unterminiert das das politische Sicherheitssystem der USA. Auf diese Weise kann sich zwischen den Staaten der QUAD und den ASEAN-Staaten kein Vertrauen entwickeln. Vor allem werden dann unter den befreundeten Staaten unweigerlich der Zweifel und das Misstrauen an der sicherheitspolitischen Verlässlichkeit der USA wachsen.

In der Wirtschaft und in der Sicherheitspolitik garantieren multilaterale Verträge am ehesten stabile Verhältnisse. Bilaterale Verträge, wie sie die USA mit allen Partnern abschließen wollen und die leicht von einem Partner aufgekündigt werden können, unterminieren das System der Sicherheit. Malaysias neuer alter Premierminister Mahatir Mohamad sagte in einem Interview nach seiner Wahl über Trump: »ich weiß nicht, wie ich mit einer Person zusammenarbeiten soll, die über Nacht ihre Meinung ändert« (Bland und Mallet 29.05.2018).

Das Problem der Politik der USA ist aber letztlich nicht die Person des US-Präsidenten, sondern die Gespaltenheit der Gesellschaft, die eine konsistente und verlässliche US-Außenpolitik erschwert. Schon vor der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten waren die Parteien so miteinander zerstritten, dass der Kongress oft entscheidungsunfähig und der Präsident deshalb handlungsunfähig war. Das TPP-Abkommen ist nicht an Präsident Trumps Ausstieg aus dem Vertrag gescheitert, sondern am Kongress, in dem es noch zu Präsident Obamas Zeiten keine Mehrheit für das Abkommen gab. Dazu waren alle drei Kandidaten für das Präsidentenamt, Bernie Sanders und Hillary Clinton und der Kandidat der Republikaner Donald Trump, gegen das TPP-Abkommen. Das zeigt klar, wie sehr den US-amerikanischen Wähler das Bewusstsein für die Führungsrolle der USA abhandengekommen ist.

Man könnte sagen, Japans Premierminister Abe habe das richtige Gespür gehabt, als er schon 2007 selbst die Initiative zur Gründung der QUAD und der Indo-Pazifik-Region übernahm. Der konservative Nationalist Abe wollte damit auch an Japans imperiale Geschichte als der stärksten Nation Asiens vor dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen. Abes Traum von Japan als einer asiatischen Führungsnation und die Führungsschwäche der USA in Asien angesichts eines massiv aufrüstenden China kamen hier zusammen. Aber Japan kann nicht die Lücke füllen, die die USA mit der Weigerung, ihre Führungsrolle weiterzuführen, hinterlassen. Viel spricht dafür, dass Abe in den letzten Jahren eine realistischere Sicht, was die Möglichkeiten der japanischen Außenpolitik betrifft, gewonnen hat. Er hat allerdings auch in seiner ersten Amtszeit von 2006 bis 2007 die Verständigung mit China gesucht. Damals war China aber noch weit von der jetzigen Macht entfernt. Abes Bereitschaft,

mit China in der BRI zu kooperieren und die Vereinbarung gegenseitiger Besuche Abes und Xis lassen hoffen, dass Abe erkannt hat, dass eine Konfrontation mit China gefährlich wäre. Er befindet sich damit in Übereinstimmung mit den drei übrigen Mitgliedern des QUAD, die bei aller sicherheitspolitischen Zusammenarbeit keine Konfrontation mit China wollen.

Literatur

- Abe, Shinzō (22.08.2017), »Confluence of the Two Seas«: Speech by H. E. Mr. Shinzo Abe, Prime Minister of Japan at the Parliament of the Republic of India«, in: *Ministry of Foreign Affairs*, <https://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/pmv0708/speech-2.html> (26.09.2018).
- Abe, Shinzō (27.12.2012), »Asia's Democratic Security Diamond«, in: *Pro Syndicate: The World's Opinion Page*, <https://www.project-syndicate.org/commentary/a-strategic-alliance-for-japan-and-india-by-shinzo-abe?barrier=accesspaylog> (26.09.2018).
- Abramovich, Eitan (22.11.2016), »Japan's Prime Minister Says the TPP Is ›Meaningless without the U. S.«, in: *Fortune*, <http://fortune.com/2016/11/22/donald-trump-tpp-japan-trade/> (26.09.2018).
- AS (*Asahi Shinbun*) (13.07.2016), »Tokyo Hails Hague Ruling, Will Use It to Pressure Beijing«, <https://www.asahi.com/ajw/articles/AJ201607130025.html> (26.09.2018).
- Baker, Peter (23.01.2017), »Trump Abandons Trans Pacific Partnership, Obama's Signature Trade Deal«, in: *New York Times*, <https://www.nytimes.com/2017/01/23/us/politics/tpp-trump-trade-nafta.html> (26.09.2018).
- Baker, Benjamin David (05.10.2015), »Where Is the ›String of Pearls‹ in 2015?«, in: *The Diplomat*, <https://thediplomat.com/2015/10/where-is-the-string-of-pearls-in-2015/> (26.09.2018).
- Baypae, Chietigi (24.01.2018), »The China Factor in India's Commitment to ASEAN«, in: *The Interpreter*, <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/china-factor-india-s-commitment-asean> (26.09.2018).
- Bland, Ben und Victor Mallet (29.05.2018), »Mahathir Mohamad Charts New Democratic Path for Malaysia«, in: *Financial Times*, <https://www.ft.com/content/b415ac2e-625a-11e8-90c2-9563a0613e56> (26.09.2018).
- Bloomberg (23.08.2018), »China's Huawei ZTE Blocked from Australia's 5G Network«, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-08-23/australia-toughens-stance-on-5g-phones-citing-foreign-influence> (26.09.2018).
- Chellaney, Brahma (19.07.2007), »QUAD Initiative: An Inharmonious Concert of Democracies«, in: *Japan Times*, <https://www.japantimes.co.jp/opinion/2007/07/19/commentary/quad-initiative-an-inharmonious-concert-of-democracies/#.W6ym7WOYTlw> (26.09.2018).

- Cheney-Peters, Scott (02.06.2014), »Japan to Provide Vietnam Patrol Boats Next Year«, in: *USNI News*, <https://news.usni.org/2014/06/02/japan-provide-vietnam-patrol-boats-next-year> (26.09.2018).
- Cheng, Shuaihua (14.10.2014), »TPP China and the Future of Global Trade Order«, in: *Yale Global*, <https://yaleglobal.yale.edu/content/tpp-china-and-future-global-trade-order> (26.09.2018).
- Cong, Wan (07.06.2018), »Australia Has to Take Measures to Win back China's Trust: Analysts«, in: *Global Times*, <http://www.globaltimes.cn/content/1106079.shtml> (26.09.2018).
- DW (*Deutsche Welle*) (29.01.2018), »India to Regain Top Global GDP Growth Spot«, <https://www.dw.com/en/india-to-regain-top-global-gdp-growth-spot-in-2018-19/a-42355768> (26.09.2018).
- Dziedzic, Stephen (17.03.2018), »Association of South East Asian Nations Unlikely to Ever Invite Australia to Join«, in: *ABC News*, <http://www.abc.net.au/news/2018-03-17/asean-unlikely-to-invite-australia-to-join/9557972> (26.09.2018).
- Gady, Franz-Stefan (13.06.2018), »Indian Warships Arrive in Australia for Military Exercise«, in: *The Diplomat*, <https://thediplomat.com/2017/06/indian-warships-arrive-in-australia-for-military-exercise/> (26.09.2018).
- Ganguly, Sumit (08.03.2018), »Modis Foreign Policy Revolution? India Radical Change Is Hard to Come by«, in: *Foreign Affairs*, <https://www.foreignaffairs.com/articles/india/2018-03-08/modis-foreign-policy-revolution> (26.09.2018).
- Gupta, Surojit (26.01.2018), »Indo-Asean Trade Rises 10 % to \$ 72bn in FY17, but Is Long Way off Potential« in: *Times of India*, <https://timesofindia.indiatimes.com/business/india-business/indo-asean-trade-rises-10-to-72bn-in-fy17-but-is-long-way-off-potential/articleshow/62657555.cms> (26.09.2018).
- Hayton, Bill (21.06.2016), »Chinas Historic Rights in the South China Sea: Made in America?«, in: *The Diplomat*, <https://thediplomat.com/2016/06/chinas-historic-rights-in-the-south-china-sea-made-in-america/> (26.09.2018).
- Hein, Christoph (07.08.2015), »Asean Talks: Beijing's South China Sea Island Building »Increasing Tensions««, in: *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/world/2015/aug/07/asean-talks-beijing-south-china-sea-increasing-tensions> (26.09.2018).
- Hein, Christoph (10.05.2018), »Aufrüstung von Inseln: Die Lage im Südchinesischen Meer spitzt sich zu«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/aufrestung-von-inseln-die-lage-im-suedchinesischen-meer-spitzt-sich-zu-15578872.html> (26.09.2018).
- Heydaraian, Richard Javad (02.06.2018), »At Shangri La summit Two Views of a New Indo-Pacific Order«, in: *Asia Times*, <http://www.atimes.com/article/at-shangri-la-summit-two-views-of-a-new-indo-pacific-order/> (26.09.2018).

- Hindustantimes* (21.10.2017), »Tillerson's South Asia Rhetoric Must Translate into Action on the Ground by both India and US«, <https://www.hindustantimes.com/editorials/tillerson-s-south-asia-rhetoric-must-translate-into-action-on-the-ground-by-both-india-and-us/story-nNVUmI3oXxu3S1y7qEZV3L.html> (26.09.2018).
- Hussain, Sajjad (12.04.2017), »China's CPEC Investment in Pakistan Reaches \$ 62 Billion«, in: *Livemint*, <https://www.livemint.com/Politics/dB5tQKISoKNrvI7EwDPFbP/Chinas-CPEC-investment-in-Pakistan-reaches-62-billion.html> (26.09.2018).
- Jain, Punendra (2008), *From Condemnation to Strategic Partnership: Japan's Changing View of India (1998–2007)*, ISAS Working Paper No. 41, Singapore: ISAS (Institute of South Asian Studies, National University of Singapore).
- JT (Japan Times)* (25.04.2018), »Is the Indo-Japan Rail Project a Boondoggle?«, <https://www.japantimes.co.jp/opinion/2018/04/25/commentary/japan-commentary/indo-japan-rail-project-boondoggle/#.W63dPWOYTiw> (26.09.2018).
- Kabir, Arifat (14.01.2016), »Chinese President Xi Jinpings Visit To Bangladesh Gives Boost To Bilateral Relations«, in: *Forbes*, <https://www.forbes.com/consent/?toURL=https://www.forbes.com/sites/arafatkabir/2016/10/14/chinese-president-xi-jinpings-visit-to-bangladesh-gives-boost-to-bilateral-relations/> (26.09.2018).
- Kennedy, Paul (1987), *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, New York: Vintage Books.
- Khurana, Gurpreet S. (2017), »The Indo Pacific Concept Retrospect and Prospect«, in: *National Maritime Foundation*, <http://maritimeindia.org/View%20Profile/636215922419657386.pdf> (26.09.2018).
- Khurana, Gurpreet S. (2007), »Security of Sea Lines: Prospects for India–Japan Cooperation«, in: *Journal Strategic Analysis*, 31 (1): 139–153.
- Kolonko, Petra (20.10.2017), »Chinas mächtigster Mann Xi: In Mao Fußstapfen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/maos-nachfolger-so-maechtig-ist-chinas-xi-jingping-15251010.html> (26.09.2018).
- Kondapalli, Srikanth (15.05.2017), »Why India is not Part of the Belt and Road Initiative Summit«, in: *The Indian Express*, <https://indianexpress.com/article/opinion/why-india-is-not-part-of-the-belt-and-road-initiative-summit-4656150/> (26.09.2018).
- Kōno, Yōhei (28.07.1995), »Foreign Minister's Major Speeches and Articles ›Japan's Role in Asia-Pacific Regional Cooperation‹«, in: *Ministry of Foreign Affairs*, https://www.mofa.go.jp/announce/announce/archive_3/asia.html (26.09.2018).
- Kuronuma, Yuji (23.03.2018), »Maldives Lifts State of Emergency Defusing China-India Tensions«, in: *Nikkei Asian Review*, <https://asia.nikkei.com/Politics/International-Relations/Maldives-lifts-state-of-emergency-defusing-China-India-tensions> (26.09.2018).

- Manson, Katrin (31.03.2016), »China Military to Set Up first Overseas Base in Horn of Africa«, in: *Financial Times*, <https://www.ft.com/content/59ad20d6-f74b-11e5-803c-d27c7117d132> (26.09.2018).
- McIntyre, Jamie (17.04.2018), »Game of Loans How China Uses Debt Trap Diplomacy to Extend Its Military Reach«, in: *Washington Examiner*, <https://www.washingtonexaminer.com/policy/defense-national-security/how-china-uses-debt-trap-diplomacy-to-extend-its-military-reach> (26.09.2018).
- Michalska, Alexandra (08.03.2018), »Asia Pacific nations sign sweeping trade deal without US«, in: *Reuters*, <https://www.reuters.com/article/us-trade-tpp/asia-pacific-nations-sign-sweeping-trade-deal-without-u-s-idUSKCN1GK0JM> (26.09.2018).
- Mochizuki, Mike (2007), »Japan's Shifting Strategy toward the Tise of China«, in: *Journal of Strategic Studies*, 30 (4–5): 739–776.
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (20.11.2012), *Announcement of the Launch of Negotiations for the Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP)*, https://www.mofa.go.jp/announce/announce/2012/11/1120_03.html (26.09.2018).
- NAR (*Nikkei Asian Review*) (18.01.2018), »Abe, Turnbull View Japanese Special Forces in Action«, <https://asia.nikkei.com/Politics/International-Relations/Abe-Turnbull-view-Japanese-special-forces-in-action> (26.09.2018).
- NAR (*Nikkei Asian Review*) (11.02.2014), »Japan to Provide Coast Guard Ships to Philippines«.
- Pilling, David (22.05.2013), »It Won't Be Easy to Build an ›Anyone but China‹ Club«, in: *Financial Times*, <https://www.ft.com/content/08cf74f6-c216-11e2-8992-00144feab7de> (26.09.2018).
- Reddy, Muralidhar (08.06.2016), »India, Thailand Hopeful of Trilateral Highway by 2016«, in: *The Hindu*, <https://www.thehindu.com/news/national/india-thailand-hopeful-of-trilateral-highway-by-2016/article4766782.ece> (26.09.2018).
- Roughneen, Simon und John Power (11.04.2018): »Identity Crisis: Australia Seeks New Allies amid US-China Rivalry«, in: *Nikkei Asian Review*, <https://asia.nikkei.com/Spotlight/Cover-Story/Identity-crisis-Australia-seeks-new-allies-amid-US-China-rivalry> (26.09.2018).
- Sato, Takahiro (2012), »India-Japan Economic Relations«, in: *India Council for International Economic Relations*, http://icrier.org/pdf/takahiro_sato.pdf (26.09.2018).
- Sato, Hiroshi (2005), »India's Peace Treaty in Japan's Post-War Asian Diplomacy«, in: *Journal of the Japanese Association for South Asian Studies*, 17 (1): 1–20.
- Seng, Tan See (15.11.2011), »Competing Visions: EAS in the Regional Architecture Debate«, in: *East Asia Forum*, <http://www.eastasiaforum.org/2011/11/15/competing-visions-eas-in-the-regional-architecture-debate/> (26.09.2018).

- Sevastopulo, Demetri (11.11.2017), »Trump Gives Glimpse of ›Indo-Pacific‹ Strategy to Counter China«, in: *Financial Times*, <https://www.ft.com/content/e6d17fd6-c623-11e7-a1d2-6786f39ef675> (26.09.2018).
- Singh, Rani (17.05.2016), »What's Stopping India From Joining The Asia Pacific Economic Forum?«, in: *Forbes*, <https://www.forbes.com/consent/?toURL=https://www.forbes.com/sites/ranisingh/2016/03/17/whats-stopping-india-joining-the-asia-pacific-economic-forum/> (26.09.2018).
- Singh, Swaran (18.01.2018), »India and ASEAN Look to Each other to Balance against Chinas Rise«, in: *South China Morning Post*, <https://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/2129463/india-and-asean-look-each-other-balance-against-chinas-rise> (26.09.2018).
- SCMP (*South China Morning Post*) (02.06.2018), »Indias Prime Minister Modi Navigates Path between China and US on Regional Security«, <https://www.scmp.com/news/china/diplomacy-defence/article/2148952/indias-prime-minister-modi-navigates-path-between-china> (26.09.2018).
- Smyth, Jamie (06.06.2017), »Australia Warns China to Keep out of Its Affairs«, in: *Financial Times*, <https://www.ft.com/content/13e46a12-4a5d-11e7-919a-1e14ce4af89b> (26.09.2018).
- Storey, Ivan (2010) »China's Missteps in South East Asia: Less Charm More Offensive«, in: *China Brief*, 10 (25), <https://jamestown.org/program/chinas-missteps-in-southeast-asia-less-charm-more-offensive/> (26.09.2018).
- Strait Times* (28.03.2018), »Inside China's \$ 1 Billion Port in Sri Lanka Where Ships Don't Want to Stop«, <https://www.straitstimes.com/asia/south-asia/inside-chinas-us-1-billion-port-in-sri-lanka-where-ships-dont-want-to-stop> (26.09.2018).
- Stuenkel, Olivier (21.08.2015), »TPP vs. RCEP: Trade and the Tussle for Regional Influence in Asia«, in: *Post-Western World*, <http://www.postwesternworld.com/2015/08/21/tussle-regional-influence/> (26.09.2018).
- Tripathi, Sudhanshu (15.07.2017), »Why India Is Switching from a Look East to an Act East Policy«, in: *Asia Times*, <http://www.atimes.com/india-switching-look-east-act-east-policy/> (26.09.2018).
- Unnithan, Sandeep (30.09.2017), »Month after Doklam Withdrawal, more Chinese Troops on the Plateau than ever before«, in: *India Today*, <https://www.indiatoday.in/magazine/from-india-today-magazine/story/19700101-doklam-standoff-china-india-bhutan-troop-withdrawal-1053987-2017-09-30> (26.09.2018).
- White, Hugh (07.07.2014), »Abbott Should Think Twice before Becoming Friendly with Japan«, in: *Sidney Morning Herald*, <https://www.smh.com.au/opinion/abbott-should-think-twice-before-becoming-friendly-with-japan-20140707-zsynj.html> (26.09.2018).

- Workman, Daniel (01.05.2018), »Japan's Top Trading Partner«, in: *World's Top Exports*, <http://www.worldstopexports.com/japans-top-import-partners/> (26.09.2018).
- Yoshida, Takashi (2008), »Historiography of the Asia-Pacific War in Japan«, in: *SciencesPo: Violence de Masse et Résistance – Réseau de Recherche*, <http://www.sciencespo.fr/mass-violence-war-massacre-resistance/fr/document/historiography-asia-pacific-war-japan> (26.09.2018).
- Xinhua* (28.01.2018), »China ASEAN Trade Volume Hits Record High in 2017«, http://www.xinhuanet.com/english/2018-01/28/c_136931519.htm (26.09.2018).